

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXV/98

Bonn, den 1. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>SPD und Gewerkschaften</u>	88

Partner in gesellschaftspolitischen Fragen

Von Alfred Kubel, Finanzminister von Niedersachsen

3	<u>Die CDU-Fraktion usurpiert die Redezeiten</u>	34
---	--	----

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

4	<u>"Sicher ans Ziel"</u>	30
---	--------------------------	----

Gute Tips des Bundesverkehrsministers zur Reisezeit

Von Horst Seefeld, MdB

5	<u>Neuer Rechtsradikalismus in Frankreich</u>	38
---	---	----

Von Georg Scheuer, Paris

## SPD und Gewerkschaften

### Partner in gesellschaftspolitischen Fragen

Von Alfred Kubel, Finanzminister von Niedersachsen

Mitbestimmung und Vermögensbildung für die Arbeitnehmer sind die Forderungen der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften, die bisher nicht erfüllt worden sind; sie werden aufrechterhalten und von der Sozialdemokratischen Partei rückhaltlos unterstützt.

Die Forderungen sind aber nur erfüllbar bei Vollbeschäftigung und angemessenem Wachstum des Sozialprodukts. Beides garantiert dem Arbeitnehmer einen sicheren Arbeitsplatz und gibt ihm die Möglichkeit, frei von Furcht vor Arbeitslosigkeit und materieller Not selbstbewußt für seine Rechte einzutreten.

Seit Sozialdemokraten in Bonn regieren, ist die Vollbeschäftigung das Hauptanliegen ihrer Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Sozialdemokraten in der Bundesregierung haben die Furcht der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu bannen gewußt, und wir sollten uns jetzt nicht ins Sockshorn jagen lassen vor einer oft übertrieben dargestellten Gefahr einer überhitzten Konjunktur. Preisstabilität, verstanden als Stabilität des Geldwertes, Wirtschaftswachstum und immer wieder Vollbeschäftigung bleiben gleichrangige Ziele. Keines dieser und daneben zu nennender Ziele genießt den Vorrang vor dem anderen! Die Sozialdemokraten wollen stabile Preise; aber sie wollen sie nicht mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bezahlen!

Jede Rezession - auch die vergangene, von der prominente Vertreter der CDU behauptet haben, sie hätten sie als eine Art Gesundungsprozeß gewollt - geht in erster Linie zu Lasten der Arbeitnehmer. Zwischen der Wachstumsrate des Sozialprodukts und der Arbeitslosenquote besteht ein eindeutiger und enger Zusammenhang. Ihn zu beachten, liegt vor allem im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der produzierenden Wirtschaft, wenn sie auf dem Weltmarkt, mit dem sie - wie die Hannover-Messe auch dieses Jahr wieder deutlich zeigte - eng verflochten ist, konkurrenzfähig bleiben will.

### Eine gute Ausgangsbasis

Die Bundesregierung hat also eine gute Ausgangsbasis, ihre Konjunktur- und Wirtschaftspolitik auch gegen unqualifizierte Kritik der CDU, die keine Alternativen anzubieten hat, durchzusetzen. Damit schafft sie gleichzeitig eine realistische Grundlage für ihre gesellschaftspolitischen Ziele, nämlich Mitbestimmung und Vermögensbildung für Arbeitnehmer.

In beiden Bereichen sind bisher kaum mehr als erste Schritte getan. Dabei verkenne ich nicht, daß sie mühsam genug waren. Die Erkenntnis, daß Kapital und Arbeit in der Wirtschaft gleichwertige Faktoren sind, hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Wir Sozialdemokraten werden nicht nachlassen in unserer Forderung, endlich die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen und dem Arbeitnehmer eine Mitbestimmung

und Beteiligung an dem in unserer Wirtschaft arbeitenden Vermögen einzuräumen, die seiner Stellung in der Wirtschaft entspricht.

#### Ziel bleibt die paritätische Mitbestimmung

Im Bereich der Mitbestimmung ist es nicht damit getan, das Betriebsverfassungsgesetz zu erweitern. Das kann nur ein weiterer nützlicher Schritt in der anzustrebenden Richtung sein. Das Ziel bleibt es, die paritätische Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Kapitalgebern in den großen Unternehmen gesetzlich zu verankern. Regelungen, die den Arbeitnehmern zwar Mitverantwortung auferlegen, ohne ihm eine Mitentscheidung einzuräumen, lehnen wir ab.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Forderung nach echter Mitbestimmung abzukaufen durch bestimmte Angebote in der Vermögensbildung. Beide Forderungen der Arbeitnehmer sind für sich berechtigt; sie ergänzen einander. Man darf sie nicht gegeneinander aushandeln.

Gewiß kann man über die verschiedenen Modelle der Vermögensbildung unterschiedliche Auffassungen vertreten. Noch sind die unterschiedlichen Meinungen von aufrechten Anhängern einer Vermögensbildung nicht ausdiskutiert. Bei der uns verbindenden Grundhaltung gibt es für mich gar keinen Zweifel, daß es zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gerade in dieser Frage zu gemeinsamen Auffassungen kommen wird und kommen muß.

#### Vermögensbildung noch unzureichend

Die bisherigen Maßnahmen, vor allem Spar-Prämien-gesetz, Wohnungsbau-Prämien-gesetz, II. Vermögensbildungsgesetz und Privatisierung von Bundesvermögen haben zwar die Vermögensbildung auch in den breiteren Schichten gefördert. Die Ergebnisse sind aber unzureichend und sogar unbefriedigend. Das gilt insbesondere für die zu geringe Vermögensbildung der Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen. Das gilt aber vor allem wegen der ungenügenden Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Produktivvermögen. Wenn die Vermögensbildung ein Erfolg werden soll, muß sie allmählich zu einem Prozeß der Umverteilung des erwarteten oder erhofften Vermögenszuwachses werden. Diese Erkenntnis setzt sich zunehmend selbst in den Kreisen der Unternehmer durch, wenn es auch gewiß noch einiger Anstrengungen bedarf, sie zu einer sozialen Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Die Sozialdemokraten werden die eingeleiteten Reformen mit Nachdruck verfolgen. Sie werden sich mit ihren Gesetzesentwürfen im Bundestag und im Bundesrat durchsetzen müssen. Dafür sind auch die Landtagswahlen von Bedeutung. Die Landesregierung bestimmt, wie ihre Vertreter im Bundesrat abstimmen. Wir haben in der Vergangenheit Versuche der CDU, den Bundesrat für eine destruktive Opposition zu mißbrauchen, zu verhindern versucht. Nicht immer ist das gelungen! Wir werden auch in Zukunft darauf achten, daß der Bundesrat seine Funktion als Bundesorgan im Interesse der zu lösenden Sachfragen erfüllen kann.

Die SPD wird alles daran setzen, in Parlamenten und Regierungen ihre Programme, soweit es sich um das weit Gebiet der Wirtschaft handelt und darüber hinausgehend, mit ihren Freunden in der Gewerkschaftsbewegung zu erarbeiten und sie zur Grundlage einer neuen Politik zu machen.

## Die CDU-Fraktion usurpiert die Redezeiten

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Anlässlich des ersten Anlaufs zur Parlamentsreform vor etwa einem Jahr war es vor allem das Anliegen der jüngeren Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion, von den langen Reden im Plenum des Deutschen Bundestages wegzukommen. Sie plädierten für kurze Reden, um die Debatte farbiger zu machen, viel mehr Abgeordnete als bisher zum Zuge kommen zu lassen, um auch dadurch einen Beitrag zur Chancengleichheit aller MdB zu leisten, einem wesentlichen Anliegen der Parlamentsreform.

Leider haben sich die Parlamentsreformer im guten Glauben an die Kraft der Vernunft im vorigen Jahre auf Formulierungen zur Veränderung der Geschäftsordnung verständigt, die nun keineswegs eine zeitliche Verkürzung aller Reden im Plenum des Bundestages mit sich gebracht haben. Denn der § 39/2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sagt lediglich, daß der einzelne Redner, abgesehen von den Hauptsprechern der Fraktion, nicht länger als 15 Minuten sprechen soll. Der amtierende Präsident kann diese Redezeit auf Antrag verlängern. Diese Kann-Vorschrift wird zu einer Soll-Bestimmung, wenn eine Fraktion einen entsprechenden Antrag stellt.

Davon macht die Opposition, also dieselbe Fraktion, die die Redezeit-Beschränkungen auf jeden Fall wollte, immer dann rigoros Gebrauch, wenn das Fernsehen wichtige Debatten live übernimmt. Sie scheut auch nicht davor zurück, amtierende Präsidenten hart daran anzugehen, wenn sie nicht ihrem Willen folgen.

Die letzte außenpolitische Debatte hat deutlich gemacht, daß die Opposition bei allen ihren Rednern die im § 39/2 vorgesehenen Redezeiten weit überschritten hat. Jeder der Oppositionsredner hat zwischen 35 Minuten und fast einer Stunde gesprochen. So hatte die CDU/CSU ein quantitatives Mehr als die anderen Fraktionen im Hause.

Daraus folgt, daß entweder der § 39/2 in eine zwingende Vorschrift zur Redezeitbeschränkung umformuliert werden muß, oder aber die anderen Fraktionen dem rücksichtslosen Vorgehen der CDU/CSU ihrerseits durch lange Reden begegnen müssen. Denn daß sich Parlamentsreformer von Kassel gegenüber seiner Fraktion durchsetzen wird und damit die Zeitökonomie siegt und wir damit der Chancengleichheit aller MdB näherkommen, ist nach den gemachten Erfahrungen unwahrscheinlich.

"Sicher ans Ziel"

Gute Tips des Bundesverkehrsministers zur Reisezeit

Von Horst Seefeld, MdB

"Sicher ans Ziel", so nennt Bundesverkehrsminister Georg Leber sein Ferienreise-Faltblatt, das ab sofort kostenlos an allen Tankstellen erhältlich ist. Wie schon im vorigen Jahr, so gibt der Minister auch 1970 rechtzeitig vor der Reisezeit allen Kraftfahrern Hinweise für den Urlaubsverkehr.

Mehrere Karten des Faltblattes erleichtern dem Autofahrer die richtige Wahl seiner Reiseroute. So wird auf einem Blatt mit Hilfe verschiedener Farben dem Autofahrer verdeutlicht, auf welchen Bundesstraßen und Autobahnen der Verkehr voraussichtlich flüssig laufen wird, wo Kolonnenbildungen zu erwarten sind und an welchen Stellen schließlich mit Stauungen gerechnet werden muß. Außerdem ist zu erkennen, welche Strecken an den Ferienwochenenden für den Lkw-Verkehr gesperrt sind. Baustellen sind auf der Karte besonders gekennzeichnet.

Sehr wichtig für den Autofahrer sind die Verkehrsinformationen der Rundfunksender und Auskünfte darüber, welche Welle wann Verkehrshinweise ausstrahlt - auch das findet der interessierte Autoreisende auf einer der Karten. Daneben enthält das Faltblatt des Bundesverkehrsministers die Notrufe der Automobilclubs, Zollvorschriften und die Ferienordnung. Dieses Ferienreiseblatt, das eigentlich in jedes Handschuhfach gehört, kann auch direkt vom Bundesverkehrsministerium angefordert werden. Neben den mehr technischen Anmerkungen gibt der Minister seinem Autovolk auch gutgemeinte Ratschläge: Vor Abreise den Wagen fit machen, die Fahrt ausgeruht antreten, landschaftliche Reize in den Urlaub durch kurze Stops einbeziehen, sind nur einige dieser leider nicht selbstverständlichen Ministertips.

Georg Leber darf jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, auch mit diesem Prospekt erneut einen wertvollen Beitrag zum flüssigen Verkehrsablauf in der Hauptreisezeit geleistet zu haben. Deutschlands Urlauber werden dem Minister dankbar sein und sein Faltblatt gern benutzen, denn sie wollen "Sicher ans Ziel".

+ + +

## Neuer Rechtsradikalismus in Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Wird die neue rechtsradikale Sammelorganisation "Ordre Nouveau", kaum gegründet, wieder verboten? Bestimmte gaullistische Kreise hoffen, sich dieser "Bewegung" gegen links zu bedienen, "Ordre Nouveau" schlägt aber jetzt auch antigaullistische Töne an, wirft de Gaulle, Debré und Satre in einen Topf und droht mit "Erschießen" und "Aufräumen". Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

### Reaktion auf ultralinks

Es handelt sich um eine Fortsetzung der vorher verbotenen rechts-extremen Organisationen "Jeune Nation" und "Occident" und darüber hinaus um eine Zusammenfassung verschiedener Strömungen und Gruppen, die bis jetzt getrennt marschierten: "Action Française", frühere Pétainisten und Feuerkreuzler älterer Jahrgänge bis zu jüngeren Schlägertrupps. Abzeichen ist das "Keltenkreuz" (ein Rad mit vier verlängerten Achsen). In Paris betrachtet man diese neue Aktivität als Reaktion auf die ultralinken Aktionen der letzten Monate.

300 "Militants" nahmen am Gründungskongreß teil. Ein Führungsstab von 34 Personen wurde hinter geschlossenen Türen gewählt. "Nationalsekretär" Jean-François Galvaire machte in einer Pressekonferenz folgende Ankündigung: Herausgabe einer neuen rechtsradikalen Wochenzeitung und Errichtung einer "Arbeitnehmerkommission" mit dem Ziel, einen "nationalsozialistischen Gewerkschaftsbund" zu gründen. Die Chancen einer solchen "Gewerkschaftsarbeit" rechtsradikaler Kreise dürften allerdings gering sein.

### Einig mit NPD und MSI

Einige Tage vor dem Gründungskongreß hatte "Ordre Nouveau" in Paris eine Kundgebung veranstaltet - mit etwa 3.000 Versammlungsteilnehmern im großen Saal der "Mutualité" - die trotz massiver Proteste der Linksparteien und Widerstandsorganisationen von der Polizeidirektion zugelassen wurde. Das Versammlungslokal war von einem riesigen Polizeiaufgebot und dem von "Ordre Nouveau" mit Helmen und Knüppeln ausgerüsteten Saalschutz umstellt. Zahlreiche Linksdemonstranten wurden verhaftet.

"Ordre Nouveau" reitet die üblichen Attacken "gegen Kapitalismus und Marxismus" und erklärt sich solidarisch mit der NPD, der spanischen Falange und den italienischen Neofaschisten (MSI). Die Angriffe richten sich aber auch gegen den Gaullismus, der sich zuerst in der Rolle des Zauberlehrlings gefiel. Nun äußert sich das gaullistische Zentralorgan "La Nation" erstaunt und beunruhigt über die verbalen Exzesse der französischen Rechtsradikalen neuester Prägung.

+ + +